

Umweltverbände fordern weniger Abfallverbrennung für mehr Klima- und Ressourcenschutz im Koalitionsvertrag

Abfälle aus Haushalten und Gewerbe dürfen nicht länger massenhaft verbrannt werden – dies muss die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag verankern.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) warnen davor, dass die Verbrennung von Abfällen die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft erschwert und die dringend notwendige Wärmewende verlangsamt. Abfallverbrennung in Deutschland verursacht derzeit jährlich fast 24 Millionen Tonnen CO₂. Dies hat massive Auswirkungen auf unser Klima, vernichtet wertvolle Rohstoffe und führt zu giftigen Rückständen wie Schlacken und Filterstäuben, die Untertage deponiert werden müssen.

„Oberstes Ziel der Kreislaufwirtschaft sollte sein, Abfälle zu vermeiden und unvermeidbare Abfälle stofflich hochwertig wiederzuverwerten. Derzeit sind immer noch bis zu zwei Drittel des Inhalts der deutschen Restmülltonne recycelbare Abfälle. Dies sind insbesondere Bioabfälle, aber auch Altpapier, Verpackungsabfälle oder Elektroaltgeräte. Wir brauchen deshalb endlich ein verbindliches Abfallvermeidungsziel im Kreislaufwirtschaftsgesetz. Bis zum Jahr 2025 soll bundesweit die jährliche Restmüllmenge von derzeit 156 Kilogramm auf 140 Kilogramm sowie auf 90 Kilogramm pro Person bis 2030 gesenkt werden. Dies entspricht einer Reduktion von 41 Prozent in Bezug auf 2019“, fordert die Stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz.

Mit einfachen Mitteln lassen sich die Restmüllmengen signifikant reduzieren: In Städten und Kreisen mit flächendeckender Bioabfallsammlung landen pro Kopf gut 20 Kilogramm weniger Abfälle im Restmüll als in Kreisen ohne Biotonne oder mit einem Bringsystem, bei dem Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Bioabfälle zu Sammelstationen bringen müssen. Bereits heute gelingt es Städten wie Freiburg, Aschaffenburg oder Görlitz, ihre Restmüllmengen auf

- Restmüllmenge bis 2030 halbieren
- Verbrennung von Abfällen aus Haushalten und Gewerbe belastet das Klima, vernichtet Ressourcen und führt zur Entstehung gefährlicher Abfälle
- Konsequente Bioabfallsammlung und CO₂-Preis für Abfallverbrennung sind Maßnahmen gegen die jährlich entstehenden 24 Millionen Tonnen CO₂
- Wärme aus Abfallverbrennung darf nicht mehr als klimaschonend oder gar erneuerbar gelten

teilweise deutlich unter 100 Kilogramm pro Einwohner zu senken.

„Auch das Verbrennen von organischen Abfällen schadet dem Klima und muss gesetzlich entsprechend im Brennstoffemissionshandelsgesetz mit einem Emissionsfaktor gewertet werden. Gleichzeitig gehen bei der Verfeuerung von Bioabfällen wichtige Mineralstoffe als mögliche Pflanzennährstoffe verloren. Durch die Vergärung und Kompostierung dieser Abfälle kann hingegen ein wichtiger Beitrag zur Entlastung des Klimas geleistet werden. Eine neue Bundesregierung muss sich beim EU-Emissionshandel deshalb für einen CO₂-Preis für Abfallverbrennungsanlagen einsetzen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass durch eine CO₂-Bepreisung Abfälle vermieden, Wertstoffe besser getrennt erfasst und Recyclingmengen erhöht werden würden“, erklärt Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin des BUND.

„Trotz der Belastungen durch Müllverbrennung für Mensch, Klima und Umwelt wird Abwärme aus Müllverbrennung im Gebäudeenergiegesetz fälschlich als klimaschonend eingestuft. Vattenfall beabsichtigt beispielsweise, künftig noch mehr Wärme aus der Abfallverbrennung ins Berliner Fernwärmenetz einzuspeisen. Die neue Bundesregierung muss den Kohleausstieg nutzen, um das Gebäudeenergiegesetz so anzupassen, dass die Wärmeerzeugung durch die Abfallverbrennung den tatsächlichen Ausstoß klimaschädlicher Gase widerspiegelt. Stattdessen sollte wirklich klimafreundlicher Fernwärme der Weg geebnet werden, die aus einem Mix verschiedener Energiequellen wie zum Beispiel Geothermie und Solarthermie erzeugt werden muss“, sagt Gudrun Pinn, abfall- und klimapolitische Sprecherin des bfub.

Pressemitteilung Deutsche Umwelthilfe

Das gemeinsame politische Forderungspapier ist unter diesem Link zu finden: www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Pressemitteilungen/Kreislaufwirtschaft/211101_PolicyPaper_Abfallverbrennung_KoaV_final.pdf



Verantwortlich für Seite 6, 7 und 8:

Renate Müller (V.i.S.d.P. und Autorin aller nicht namentlich gekennzeichneten Artikel)

86956 Schongau

Tel: 08861 4912

rena-mueller@t-online.de

Internet: www.uip-online.de

Satz und Layout:

Jürgen Müller, j.mueller6@gmx.net

» Vor 33 Jahren «
Ein Blick zurück
auf die Historie der UIP
von Hans Schütz

Dezember 1988

Vor der TSV-Halle Peiting verteilen Mitglieder der UIP Flugblätter gegen die geplante Müllverbrennungsanlage in unserer Region. In der Halle tagt der Kreistag zu dieser Thematik und lehnt dabei den Müllöfen mehrheitlich ab.

Neu formiert hat sich nach einer längeren Pause der AK »Gesunder Lebensraum für unsere Kinder«. Dieser Arbeitskreis trifft sich nun regelmäßig in Weilheim.

Frage: Wie wäre es? Hat niemand Lust dazu in Weilheim wieder einen Arbeitskreis der UIP zu gründen? Themen gäbe es wohl genug dafür!

Kein grüner Anstrich für Atom und fossiles Gas

In einer gemeinsamen Pressemitteilung fordern .ausgestrahlt, BUND, Bürgerbewegung Finanzwende, Umweltinstitut München und urgewald von Olaf Scholz die sofortige Intervention bei der Europäischen Kommission gegen die Einstufung von Atomkraft und fossilem Gas als nachhaltige Investition.

Hintergrund ist die Ankündigung von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, noch in diesem Jahr die ausstehende Einstufung von Atomkraft und Gas vorlegen zu wollen. Durch die sogenannte »EU-Taxonomie« wird definiert, welche Wirtschaftsaktivitäten als nachhaltig gelten und damit durch grüne Finanzprodukte finanziert werden können. Derzeit drängt Frankreich stark auf eine Einstufung von Atomkraft als »nachhaltig«. Eine Einstufung von Atom als »nachhaltig« würde der Glaubwürdigkeit der Taxonomie in Deutschland enorm schaden.

Aus einer Pressemitteilung von .ausgestrahlt

Weitere Informationen:

www.ausgestrahlt.de/themen/europa-und-atom/eu-taxonomie

Dazu Zahlen aus dem Landkreis Weilheim-Schongau:

Die Restmüllmenge lag im Jahr 2020 bei fast 112 kg je Einwohner (über 5 kg mehr als im Vorjahr) und damit so hoch, wie noch nie seit der Einführung der Abfalltrennung 1993/94.

Quelle: EVA Info Ausgabe 20

Über 300 Organisationen fordern vor der Klimakonferenz Aufgabe der Scheinlösung Atomkraft

Atomkraft bremst Energiewende aus und schafft neue Probleme. Unterzeichnende aus fünf Kontinenten.

Anlässlich der Weltklimakonferenz COP 26 in Glasgow haben über 300 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus aller Welt mit einer gemeinsamen Erklärung die Ungeeignetheit der Atomkraft im Kampf gegen die Klimakrise betont und eine umfassende erneuerbare Energiewende gefordert.

Vor dem Hintergrund der Klimakrise warnen die Organisationen davor, dass die Scheinlösung Atomkraft eine umwelt- und klimafreundliche Energiewende blockiert und weisen auf die Dringlichkeit hin, den Wandel zu 100 Prozent erneuerbaren Energien global voranzutreiben. Die Erklärung zeigt zudem auf, wie Atomenergie soziale und ökologische Krisen verschärft.

Jochen Stay, Sprecher von „ausgestrahlt: „Jeder Euro, der in diesen veralteten Industriezweig gesteckt wird, bremst die Energiewende aus und vergrößert Probleme wie Unfallgefahren und die ungelöste Atom-
müllfrage. Es muss verhindert werden, dass Steuergelder in diese unwirtschaftliche Risikotechnik fließen, global wie auf europäischer Ebene.“

Die Greenwashing-Versuche der Atomindustrie vor und bei der COP 26 dürfen nicht aufgehen. Die Bandbreite der unterzeichnenden Organisationen von 5 Kontinenten spiegelt die vielfältigen Probleme dieser Risikotechnik wieder. Von Betroffenen des Uranabbaus über Unfallopfer-, Arbeits- und Gesundheitsorganisationen bis hin zu Umweltschutz- und friedenspolitischen Gruppen eint sie die Erkenntnis: Atomkraft ist eine gefährliche Ablenkung von dringend benötigten klimapolitischen Maßnahmen.

In Deutschland muss der Atomausstieg vollständig vollzogen werden, indem auch die Atomfabriken Gronau und Lingen und alle Forschungsreaktoren stillgelegt werden. Die intergenerationelle Mammutaufgabe der Atommülllagerung muss bei der Standortsuche transparenter und mit echter Beteiligung der Betroffenen erfolgen.“

Angestoßen wurde die Erklärung von der internationalen Initiative »Don't nuke the Climate«.

Das Statement in Englisch in voller Länge: www.dont-nuke-the-climate.org/cop-26-statement



Quo vadis Fuchstalbahn?

Beschlüsse und Stellungnahmen der Gemeinden zur Reaktivierung der Fuchstalbahn

Die Reaktivierung der Fuchstalbahn für den Personenverkehr ist ein langer steiniger Weg. Das wussten wir bereits vom Arbeitskreis Fuchstalbahn. Wie lange und mit welchen Hindernissen verbunden der Weg ist, das lernen wir gerade wieder.

Derzeit wird in den Gemeinden das getan, was notwendig wurde: Aufgrund des Eckpunktepapiers (EPP) des Verkehrsingenieurs Andreas Holzhey diskutieren Stadt- und Gemeinderäte, dieses Mal mit mehr Informationen versehen, eine mögliche Reaktivierung. Sie beginnen sich zu positionieren. Die gute Nachricht zuerst. Bislang hat keine Gemeinde (vier fehlen noch) sich im Grundsatz gegen eine Reaktivierung ausgesprochen. Die Beschlüsse der Gemeinderäte sind unterschiedlich. Sie reichen von einer Bejahung der Reaktivierung (Gemeinde Fuchstal), zu einer Kenntnisnahme des EPP mit der Begründung, dass man die Fortschritte des Arbeitskreises nicht gefährden will (Unterdießen) bis hin, dass eine negative Stellungnahme zu Einzelfragen – wie im Fall von Hohenfurch – nicht heißt, dass die Tür endgültig zugeschlagen sei und Gesprächsbereitschaft weiterhin bestehe.

Die Städte Landsberg und Schongau haben sich in Sitzungen der Stadträte nochmals eingehend und interessiert von Herrn Holzhey informieren lassen. Auch hier stehen noch Beschlüsse oder Stellungnahmen aus. Aber die Stimmung beider Kommunen scheint pro Reaktivierung zu sein.

Gerade im Fall des Beschlusses von Hohenfurch zeigen sich besonders die Probleme, mit denen sich betroffene Gemeinden in Bayern bei Bestrebungen von Bahnreaktivierungen konfrontiert sehen. Im Beschluss von Hohenfurch werden z. B. Schließungen von Bahnübergängen ausgeschlossen. Auch für eine Zustimmung zu einer Kostenübernahme im Falle eines notwendigen Grundstückskaufs für einen Bahnhof sah sich der Gemeinderat nicht in der Lage. Das galt auch für Investitionen beim Bau für Wege zu einem Bahnhof, die Einrichtung von Park&Ride-Plätzen sowie Bike&Ride.

Nebenbei bemerkt: Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass beim Straßenbau sich Probleme der Querung vorhandener Wege ungleich leichter lösen lassen. Das Gleiche gilt für den Kauf bzw. Rückkauf benötigter Flächen. Dabei benötigen Straßen im Gegensatz zur Schiene ungleich mehr Flächen.

Tröstlich, dass der Bürgermeister von Hohenfurch anerkennt, dass seine Bürger womöglich Vorteile bei der Anbindung an den Fernverkehr auf der Schiene haben. Und wie



Auf der Fuchstalbahn findet seit Langem nur noch Güterverkehr und ab und zu mal eine Sonderfahrt statt.

gesagt: Gesprächsbereitschaft trotz (vorläufig?) negativer Beschlüsse in Einzelfragen. Den Stand dieses Beschlusses will Bürgermeister Vogelsang als seine Handlungsanweisung für den nächsten Runden Tisch der Bürgermeister verstanden wissen.

Letztendlich will keine Kommune für ein Scheitern dieses zukunftsweisenden Projekts verantwortlich gemacht werden. Dass sie sich in dieser schwierigen Situation befinden, Beschlüsse ohne für sie empfundene Kostensicherheit treffen zu müssen, ist den derzeitigen Rahmenbedingungen des Freistaates Bayern geschuldet. Dieser hat sich aus seiner Pflicht für eine Daseinsvorsorge auch mit Verkehrsangeboten für Regionen mit fehlender Infrastruktur auf der Schiene herausgezogen. Kommunen und Kreisen wird in Sachen Bahnreaktivierung eine exorbitante Verantwortung aufgebürdet und sie werden mit dieser Problematik allein gelassen. Der Freistaat entledigt sich seiner Pflicht zur Bereitstellung guter unterstützender Rahmenbedingungen, seien es notwendige Gesetze, finanzielle Ressourcen, klare Verfahren und letztendlich die Finanzierung von Investitionen. Was fehlt, ist ein Reaktivierungskonzept des Freistaats, das die Kreise und Gemeinden bei ihren sicherlich notwendigen Beschlüssen unterstützt.

Für die Gemeinden bleibt es eine Frage des Blickwinkels. Betrachte ich eine reaktivierte Fuchstalbahn als Chance und Lösung? Verfüge ich jetzt und in Zukunft über ein menschengerechtes Verkehrssystem für alle oder sehe ich eine neue Bahn unter dem Gesichtspunkt von Nachteilen, wenn nicht gar Bedrohungen und Eingriffe in mein persönliches Leben? Endet meine Sicht an der Gemeindegrenze oder beginne ich, über den Tellerrand hinauszuschauen und in größeren Zusammenhängen zu denken?

Harald Baumann

Sprecher des Arbeitskreises Fuchstalbahn
in der Umweltinitiative Pfaffenwinkel

UIP – OHA

Ein langer gemeinsamer Weg geht zu Ende

Im Januar 1985 ging vom damaligen Vorstand unterzeichnet ein 8-seitiger Rundbrief an alle Mitglieder der Umweltinitiative Pfaffenwinkel. Unter anderem wurde darin der Vorschlag unterbreitet, in Zukunft mehr mit der alternativen Monatszeitschrift OHA zusammenzuarbeiten.

Das Ziel dabei: »Die Verbreitung von Arbeitsergebnissen unserer Initiative verbessern, in wichtigen Fragen mehr Gehör verschaffen und den Informationsfluss zwischen den Mitgliedern verstärken.«

Der Vorschlag wurde kontrovers diskutiert, wobei die schlechten Erfahrungen mit der Berichterstattung über den Verein und die Behandlung von Leserbriefen in den Schongauer Nachrichten letztlich den Ausschlag gaben, dass die UIP beschloss, jeden Monat zwei der acht Seiten im OHA zu mieten (ab April 1990 drei von 16 Seiten) und diese eigenverantwortlich zu gestalten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass man umfangreich belegen konnte, dass die Heimatzeitung eingereichte Artikel und Leserbriefe entweder ganz verweigerte oder sinnentstellend abänderte.

Am 9. Mai 1985 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der UIP statt. Es wurde dabei der weiterhin nicht ganz unumstrittene Beschluss gefasst, »die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift OHA bis auf weiteres fortzusetzen«. In einem Rundbrief wird dazu ausgeführt, »wichtige Mitteilungen, Termine und Beiträge aus den Arbeitskreisen und des Vorstandes werden also auch in Zukunft auf zwei Seiten, die wir in eigener Verantwortung gestalten, abgedruckt.«

Mit diesen beiden Beschlüssen begann eine langjährige, mehr als dreieinhalb Jahr-

zehnte andauernde und sehr erfolgreiche Zusammenarbeit, die nun mit der letzten Printausgabe des OHA im Dezember 2021 beendet wird. Da die Umweltinitiative Pfaffenwinkel selbst eine Homepage hat, gibt es keinen Grund, im weiterhin bestehenden digitalen OHA vertreten zu sein. Eine Tatsache, die den Vereinskassierer freuen wird, fallen doch die monatlichen Kosten für die Seitenmiete in Zukunft weg und erhöhen somit den finanziellen Spielraum des Vereins.

Es wird wohl weit und breit keinen Verein geben, der jahrzehntelang monatliche Vereinsnachrichten in diesem Umfang und in dieser inhaltlichen Qualität vorzuweisen hat. Das hat natürlich nur geklappt, weil es Vorstandsmitglieder gab, die die dafür notwendige organisatorische Arbeit geleistet haben, und Vereinsmitglieder, die die Vereinsnachrichten inhaltlich bereichert haben. Ihnen allen ist an dieser Stelle ein großes Dankeschön zu sagen.

Beim Suchen in den Vereinsunterlagen zu den Anfängen der Zusammenarbeit OHA – UIP habe ich zahlreiche Presseartikel und vor allem Kommentare wiederentdeckt, die belegen, wie die UIP und deren Vorstandsmitglieder durch die Schongauer Nachrichten – damals noch keine Merkurzeitung, sondern eine selbständige »Heimatzeitung« – behandelt worden sind. Besonders hervorgetan hat sich dabei insbesondere der damalige Chefredakteur Georg Hertle als unerbittlicher Wadlbeißer gegen alles linke, grüne und



Seite 4

AN UNSERE MITGLIEDER

Im Mitgliederrundbrief Nr.3 vom Januar dieses Jahres haben wir vom Vorstand des Mitgliederversammlung der Umweltinitiative Pfaffenwinkel die Gründe dargelegt, die unserer Meinung nach für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zeitschrift OHA sprechen. Zur Erinnerung hier noch einmal auszugsweise wiederholt, was wir damals geschrieben haben:

Wir hätten von einer solchen Zusammenarbeit folgende Vorteile:

- Regelmäßige (monatliche) Erscheinungsweise unserer Mitteilungen.
- Inanspruchnahme der Erfahrung und des Vertriebssystems der OHA-Herausgeber.
- Möglichkeit, auch umfangreichere Beiträge ungehindert in die Öffentlichkeit zu bringen.
- Verbreitung unserer Mitteilungen an einen Leserkreis auch außerhalb unserer Mitgliedschaft (OHA hat eine Auflage von 8-10.000).
- Motivation für unsere Mitglieder insbesondere in den Arbeitskreisen, sich stärker an der Pressearbeit zu beteiligen.
- Vergleichsweise niedrige und kalkulierbare Kosten (insbesondere im Vergleich zur Herstellung einer eigenen Zeitung).

Wir haben damals unsere Mitglieder gebeten, Anregungen, Kommentare und Hinweise zu äußern. Nachdem uns von Seiten der Mitglieder nur wenige Einwände erreichten, haben wir mit den Herausgebern des OHA folgendes vereinbart:

1. Von März 1985 an erhält die Umweltinitiative Pfaffenwinkel die Möglichkeit zwei Seiten der Zeitung OHA in eigener redaktioneller Verantwortung zu gestalten. Die redaktionelle Eigenständigkeit des OHA bleibt im übrigen hier...

Zu dieser für die weitere Arbeit der Umweltinitiative Pfaffenwinkel so wichtigen Vereinbarung möchten wir nun noch ein paar Worte sagen, die uns sehr am Herzen liegen:

Erstanz: Wir wissen, daß die Zeitung OHA, die von engagierten Leuten ohne jede Gewinnabsicht gemacht wird, nicht jedem gefällt. (So, wie zum Beispiel eine bekannte Tageszeitung im Landkreis dem Ortsvorstand der Schongauer SPD, Heinrich Förster, dem Peitlinger CDU-Bürgermeister Searz, dem Mitarbeiter der Herzogsgäuhler Home oder der örtlichen DGB-Organisation nicht gefällt - was alle schon

Der unschätzbare Vorteil dabei: Abonnenten erhalten den OHA sofort nach Erscheinen per Post ins Haus geschickt! Sollte das nicht 25 Mark (im Jahr!) wert sein?!

Drittens: Es ist selbstverständlich, daß wir uns auch weiterhin um ein gutes Verhältnis zur sonstigen Presse bemühen werden, schon allein deshalb, weil eine monatlich erscheinende Zeitung eine Tages- oder auch Wochenzeitung in manchen Belangen nicht ersetzen kann.



Zeichnung: Brigitte Schneider

Ausschnitt aus der ersten UIP-Seite im März-OHA 1985

ökologische Gedankengut. Aber auch andere teilen kräftig aus. Hier seien zur Erbauung einige Zitate wiedergegeben, die ich in den Anfangsjahren von 1984 bis 1987 in den Vereinsunterlagen gefunden habe:

»dilettantische Schmierer« – »Zuagroaste« – »unbelehrbare Umweltchaoten« – »geifernde, tollwütige Scharfmacher« – »knüppelnde Chaoten« – »rücksichtslose Mini-Terroristen« – »Ewiggestrige« – »sonstiges Gesindel« – »Straßenmob« – »Unterschriftenfälscher« – »unbeirrbare Umweltchaoten« – »Einfaltspinsel« – »Rattenfänger« – »wichtigtueriesches Gehabe um seiner selbst Willen« – »dogmatischer Verhinderungsverband« – »lauter Beamte, Lehrer und Schüler« – »zahlreiche Ausfälle, Kampagnen, Stimmungsmache und Polemik unter dem Missbrauch des Rubrums, Naturschutz« – »OHA als hauseigene rot-grüne Postille zwischen Schaumschlägerei und übler Frechheit« – »Umweltinitiative erzeugt Angst, Misstrauen und Hass«

Hans Schütz

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. ist ein gemeinnütziger Verein.

Alle Spenden sind also steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto: Sparkasse Oberland · IBAN: DE89 7035 1030 0000 1099 00 · BIC: BYLADEM1WHM

Tel.: 0 88 61 / 25 97 99 5
Fax: 0 88 61 / 25 67 99 6

Bio im Lech-Ammer-Land
naturmarkt
Peiting

Öffnungszeiten

Mo – Fr: 7:30 – 19:00 Uhr
Sa: 7:30 – 13:00 Uhr

info@naturmarkt-Peiting.de
www.naturmarkt-Peiting.de
Freistraße 2 · 86971 Peiting

Shopping im grünen Bereich

LayArt vielseitig kreativ

Leistungen

COMPUTERSERVICE à la LAYART
HOMEPAGE · HOSTING
SATZ / LAYOUT · DESIGN · WERBUNG
AUDIO · VIDEO

Kontakt

JÜRGEN MÜLLER · AMSELSTR. 31 · 86956 SCHONGAU
TEL.: 08861 900398 · INFO@LAYART.ORG